

Elena Hernández Sandoica

Universitätslandschaft und Forschung

1. Die Veränderungen zum Ende des Franquismus und während der *transición*

Die Studentenbewegung

Beim Tod Francos, im November 1975, waren die spanischen Universitäten durch die Opposition eines immer größer gewordenen Teils der Studenten gegen die Diktatur starken politischen Spannungen ausgesetzt. In den Augen des Regimes war der zunehmende politische und gesellschaftliche Druck ein Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum, weshalb vor allem in den Fabriken und an den Universitäten die Repression nicht nachließ. Aus dem Widerstand der Studenten gegen die Einheitspartei *Falange* und den antiquierten Lehrbetrieb in den 50er Jahren hatte sich im darauffolgenden Jahrzehnt eine offensive Protestbewegung entwickelt, die in ihrer Mischung aus politischer Motivation und bloßer Auflehnung einer jungen Generation immerhin so stark wurde, dass Franco und insbesondere sein Präsidenschaftsminister und spätere Regierungschef Carrero Blanco sie als ausgesprochen gefährlich einstufte.

Einen besonders starken und anhaltenden Widerstand lieferte die Kommunistische Partei Spaniens (*Partido Comunista Español*, PCE). Sie organisierte zusammen mit anderen aktiven Gruppen die "freie" Demokratische Studentengewerkschaft (*Sindicato Democrático de Estudiantes Universitarios*, SDEU), die der franquistischen vertikalen Studentengewerkschaft (*Sindicato Español Universitario*, SEU) den Rang ablief. Die 1965 in Madrid und Barcelona niedergeschlagenen Revolten flammten in den nachfolgenden Jahren immer wieder auf und wurden nach dem Herbst 1968 gleichsam zu einem Dauerzustand. Unterbrochen wurden sie nur durch die mehrmalige Verhängung des Ausnahmezustands zwischen Januar 1969 und Dezember 1970. Die Polizei, wegen ihrer Uniformen "die Grauen" genannt, die *Brigada Politico-Social*, manchmal auch die *Guardia Civil* waren auf dem Campus ständig präsent: Streiks, Besetzungen, Demonstrationen, Übergriffe, Verhaftungen und Folterungen behinderten in einem ständigen Wechsel von Aktion und Reaktion den akademischen Betrieb.

Das Franco-Regime versuchte mehr durch harte Repression als durch Reformen, den Unmut der Studenten einzudämmen; doch über einen so langen Zeitraum fand auch die eine oder andere Neuerung ihren Weg ins Schul- und Universitätswesen. Angesichts der Proteste und des dadurch bedingten großen Polizeiaufgebots an den

Universitäten wollten die weniger dogmatischen Ideologen des Regimes einlenken und brachten 1970 ein "moderneres" Bildungsgesetz ein: die *Ley General de Educación*, LGE), nach dem amtierenden Erziehungsminister auch "Villar-Gesetz" genannt, um das Universitätsgesetz von 1943 (*Ley de Ordenación Universitaria*, LOU) abzulösen, welches seinerseits das "Moyano-Gesetz" von 1857 reformiert hatte.

Bereits Ende der 50er Jahre hatten Francos Technokraten erkannt, dass in einem Spanien, das sich unaufhaltsam Europa annäherte, Reformen im Bildungsbereich unabdingbar waren; doch sie stießen auf zwei Hindernisse: den Unwillen des Lehrkörpers und, was langfristig nachhaltiger wirkte, die radikale Opposition der Studenten. Auch gegen Ende des Franquismus hatten die Versuche des Gesetzgebers, Hochschulreformen durchzusetzen, eine gänzlich kontraproduktive Wirkung. Bereits die Ankündigung der *Ley General de Educación* als "Modernisierungs"-Projekt stieß bei den Studenten rundweg auf Ablehnung, da sie in dem ihnen fragwürdig erscheinenden "europäisierenden" Geist des Gesetzes eine verkappte Anpassung an kapitalistische Strukturen witterten. In ihren Augen hatte das Reformprojekt nur eine Alibifunktion für die in ihrer Position unangefochtenen Machteliten des verhassten Systems, die auch zu jenem Zeitpunkt nicht an einen Rückzug dachten. Alle Reformvorschläge der vom *Opus Dei* kontrollierten Ministerien wurden von den mehrheitlich oppositionellen Betroffenen geschlossen abgelehnt – allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Laienorganisation als Stütze des Franquismus agierte. In den letzten Jahren des Regimes formierte sich so eine politische Kultur der Opposition und Rebellion, die bei einigen später zur Mitgliedschaft in einer Partei führte, bei anderen allein dem Zeitgeist geschuldet war. Eine generelle, vage "Antihaltung" machte sich breit; sie erwies sich als sehr vital und nachhaltig.

Teile des Gesetzes des Erziehungsministers José Luis Villar Palasí, das unter dem Druck der Studentenproteste immer wieder verschoben werden musste, traten 1973 in Kraft und reformierten die Studienpläne der politisch besonders aktiven Fakultäten wie der Wirtschafts-, Sozial- oder Kommunikationswissenschaften sowie der traditionell rebellischen Fakultäten wie der Rechtswissenschaftlichen, Geisteswissenschaftlichen und Medizinischen Fakultät. Die Einführung von Diplomen nach nur drei Jahren Studium wurde abgelehnt, weil niemand einen niedrigeren Abschluss anstreben wollte. In Zeiten relativen Wirtschaftswachstums, niedriger Studiengebühren und eines noch nicht gesättigten Arbeitsmarktes wollten die Familien ihren Kindern eine aussichtsreiche Zukunft sichern; und das schien nur möglich über ein 5-jähriges Studium mit dem Abschluss der *licenciatura*.

Die neuen akademischen Titel und ihre Organisation in homologierten Zyklen sollten in der Tat, wie es ihre Gegner vorausgesehen hatten, die Studierenden besser

auf die neuen Anforderungen vorbereiten, die sich in der Wirtschaft und im Finanzsektor abzuzeichnen begannen. Die Studenten stellten sich gegen Franco und gegen den Kapitalismus, als sie aus Protest gegen die Innenpolitik des Regimes und angesteckt vom antibürgerlichen Geist des Mai 68 diese Umstrukturierung und die damit verbundenen Ziele ablehnten. Damit gerieten alle Versuche, das Hochschulstudium an die Erfordernisse einer modernen Industriegesellschaft anzupassen, zwischen die Fronten politisch motivierter Auseinandersetzungen, mit dauerhaften Folgen besonders für den Bereich der Forschung. Innerhalb wie außerhalb Spaniens wurden Stimmen laut, die eine Modernisierung des antiquierten spanischen Bildungssystems für dringend geboten hielten. Die großen Verluste durch den Bürgerkrieg und die Nachkriegszeit, die ideologische Spaltung und die materielle Rückständigkeit machten sich in Wissenschaft und Forschung lähmend bemerkbar. Wenn man davon ausgeht, dass manche dieser Reformen tatsächlich nur das wissenschaftliche Niveau anheben und den spanischen Arbeitnehmern in gewisser Weise eine berufsspezifische Anpassung an europäische Standards beschern sollten, dann hätte eine effektive Umsetzung es vielleicht leichter gemacht, heutigen Ansprüchen zu genügen. Und die spanischen Studenten wären beizeiten daran gewöhnt worden, das traditionelle Mitschreiben im Hörsaal und den Unterricht aus trockenen Lehrbüchern durch eine praxisorientierte Ausbildung, durch Seminare, Tutorien und Laborarbeit zu ersetzen.

Stattdessen wurden die Reformversuche zum Streitobjekt zwischen Legislative und Exekutive einerseits und protestierenden Studenten andererseits, die linke Gruppen aus dem ganzen Land, Gymnasiasten und Bürgerinitiativen vereinten. Vor allem in Madrid und in den kastilischen Provinzhauptstädten organisierte sich gegen die Reformversuche aber auch die extrem rechte Jugend. Die große Verbreitung und lange Dauer der Studentenproteste blieben nicht ohne Auswirkungen auf Bevölkerungsschichten, die bis dahin keineswegs antifranquistisch waren, und führten zu Widersprüchen innerhalb des Systems. Dieser Umstand sowie das Aufleben der Arbeiterbewegung hatten zur Folge, dass in Spanien der Ruf nach einer Demokratisierung überlaut wurde. Unter dem Banner der Studentenrevolte formierten sich die Befürworter einer mehr oder weniger repräsentativen Demokratie, aber auch die Verfechter utopischer oder radikaler Gesellschaftsmodelle, die jegliche Wissenschaft und deren "ideologische Vorgaben" strikt ablehnten.

Der Lehrkörper

Unabhängig von der Politisierung machten sich im akademischen Betrieb gesellschaftsbedingte Veränderungen bemerkbar. Die Studenten kamen mittlerweile auch aus der Mittel- und oberen Unterschicht, und damit war ihre Zahl sehr viel größer

als noch 20 Jahre zuvor. Dadurch änderten sich auch die gesellschaftliche Rolle und der akademische Status des Lehrkörpers. Es gab immer mehr nicht-beamtete Dozenten (*Profesores No Numerarios*, PNN): junge Akademiker mit einem abgeschlossenen 5-jährigen Studium, die auf Vorschlag ihrer Professoren einen befristeten Arbeitsvertrag erhielten, sich keinem staatlichen Auswahlverfahren für den öffentlichen Dienst (*oposición*) unterziehen mussten und mehrere Fächer gleichzeitig mehr oder weniger als Autodidakt, aber vollverantwortlich unterrichteten. Zum gesellschaftlichen Wandel gehörte die Einbeziehung vieler Akademikerinnen: eine beginnende Feminisierung des Lehrkörpers, die bis heute anhält, ohne sich auf höherer Ebene wirklich durchgesetzt zu haben. Denn ungeachtet des hohen Anteils an Studentinnen und der fachlichen Ausrichtung ist die Zahl der Universitätsprofessorinnen auch heute noch sehr niedrig. Diese neuen Lehrkräfte, die ihre Laufbahn mit der *transición* begannen, erreichen im Übrigen jetzt das Pensionsalter, das bei 70 Jahren oder, bei vorzeitiger Pensionierung, bei 65 Jahren liegt – mit Pensionen, die nicht einmal zwei Drittel des Nettogehalts in Höhe von 3.000 € betragen. Auf die Universitäten kommt eine Welle von Neubesetzungen zu.

Für die Studierenden setzte sich der akademische Lehrkörper also nicht nur aus ehrwürdigen Professoren, sondern auch aus deren Zöglingen, den *Profesores No Numerarios*, zusammen. Manche dieser jungen Dozenten hatten als Studenten zur Opposition gegen Franco gehört; sie hatten ein Gruppenbewusstsein entwickelt und demokratisierten die akademischen Hierarchien auf Kosten der persönlichen Macht ihrer Professoren. Hierzu trug auch die Gründung von Fachbereichen durch das “Villar-Gesetz” bei. Das Aufbegehren gegen die veraltete akademische Struktur und den hierarchischen Betrieb schloss allerdings oftmals die Ablehnung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes gleich mit ein.

Diese multifunktionalen Dozenten, die schlecht bezahlt und mit Jahresverträgen die vielfältigsten Aufgaben übernahmen, hofften auf eine Regulierung ihrer Situation. Mit der *Ley de Reforma Universitaria* (LRU) vom Sommer 1983 – also in Zeiten der Demokratie und legalisierter Gewerkschaften – beschloss die sozialistische Regierung, statt einer zuvor mit der Mitte-Rechts-Regierung der *Unión de Centro Democrático* (UCD) ausgehandelten “generellen Anstellung” eine breite Verbeamtung, ohne Auswahlverfahren (*oposición*), aber mit einer “Eignungsprüfung”. Diese *pruebas de idoneidad* privilegierten eine Gruppe promovierter Akademiker, die durch eigene Forschungsarbeit oder Lehrstuhlvertretungen hervorgetreten waren, und führten zu überraschenden Ergebnissen. Nur 50% der Geprüften wurden verbeamtet. Es gab also keineswegs eine “Amnestie”; und die Kritiker, die in dieser Regulierung gern den Beginn der qualitativen Verschlechterung der akademischen Lehre sehen, vergessen, dass zuvor unter Franco der “kollektive Eid auf das Regime” vie-

le ohne irgendeine Kontrolle zu Dozenten gemacht hatte, die dann in kürzester Zeit zu ordentlichen Professoren ernannt wurden.

Gesetzlich geregelt mit der *Ley de Reforma Universitaria* wurde die Reservierung von Stellen für lokale Kräfte. Die konservative Volkspartei führte 2001 eine teure *habilitación nacional* ein: ein Prüfungsverfahren zur Hochschuleignung, das nichts mit der deutschen Habilitation zu tun hat und das die Sozialisten Mitte 2007 in eine *acreditación nacional* umwandelten, mit der Lehrkräfte sich auf freie Stellen an anderen Universitäten bewerben können. Diese Möglichkeit hatten die *Profesores No Numerarios* zu Beginn der Demokratie nicht; ihre prekäre Arbeitssituation schloss Mobilität praktisch aus und trug zu der bis heute verbreiteten und kritisierten "Endogamie" der spanischen Universitäten bei.

Die demokratisierte Universität

Mit ihren antifranquistischen Protesten leisteten die Universitäten zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Schwächung des Regimes und bewirkten, dass es politisch wie ideologisch für einen immer größer werdenden Teil der Jugend inakzeptabel wurde. Gleichzeitig förderte der Protest eine besondere Denkweise, in der die isolierte, wenn auch energische Verurteilung einzelner Gesetzesverstöße wichtiger war als die Bündelung von Energien, die darauf abzielten, dieselben ein für alle Mal auszumerzen: keine gute Voraussetzung für wirkliche Veränderungen. Diese Haltung kennzeichnete nicht nur die damalige linke Studentenbewegung, sondern ist in weiten Kreisen des Bildungssystems auch heute noch verbreitet.

Doch die Gesellschaft nahm diese Form des Protests auf Seiten der Universitäten an. Viele Dozenten und Studenten ließen tagtäglich in ihrer Haltung, in ihren Beiträgen und Vorlesungen, im Unterricht und im privaten Gespräch erkennen, dass es nicht unmöglich war, demokratische Verhältnisse zu erreichen. Dieser Gedanke brach sich Bahn; doch da er zum wichtigsten Ziel geworden war, unterlagen die schüchternen Reformversuche. Während die Politiker der *transición* um einen Konsens und um Pakte rangen, die Putschversuche von Militärs und Rechtsextremen zu verhindern suchten und schließlich erreichten, dass die Arbeiterbewegung der Verfassung zustimmte, blieben die Hochschulen mit einer inzwischen zersplitterten Protestbewegung weiteren Tumulten ausgesetzt. Die politischen Parteien zogen aus den Universitäten die Kräfte ab, die sie für die repräsentative Demokratie benötigten. Abgesehen von vereinzelt Protesten, etwa Mitte der 80er Jahre gegen die Reformen des sozialistischen Erziehungs- und Wissenschaftsministers José María Maravall, engagierten sich die Studenten für die neuen Ideen der politischen und akademischen Mitbestimmung.

Dadurch wurde die Studentenbewegung an der Basis geschwächt; sie unterstützte aber die ministeriell zugesagte Vertragsneugestaltung für die vielen *Profesores No Numerarios*. Die Dozenten hatten noch immer nur Arbeitsverträge auf Angestelltenbasis, obwohl die meisten die Aufgaben von Universitätsprofessoren wahrnahmen. Viele von ihnen waren nicht ausreichend qualifiziert. Niemand, weder im akademischen noch im ministeriellen Bereich, erwog damals, sie einer besonderen Schulung zu unterziehen, obgleich die Wirkung in Anschlag gebrachter pädagogischer Ansätze sehr wohl zu spüren war. Die Übernahme von verwaltungstechnischen Aufgaben, die bis heute anwachsen, ergab sich in der Praxis als Folge der von ihnen geforderten institutionellen Mitbestimmung. Die Lehr- und Forschungstätigkeit hingegen wurde oftmals nur als Option gesehen, je nach individuellen Interessen.

Nach einer Reihe von gescheiterten Versuchen, die berufliche Situation der *Profesores No Numerarios* zu regeln, war es ausgerechnet die Erziehungsministerin der konservativen PP-Regierung, María del Pilar del Castillo, die 2001 mit der *Ley de Ordenación Universitaria* (LOU) für regelrechte Arbeitsverträge sorgte. Sie tat das vermutlich nicht so sehr aufgrund einer bewussten Einschätzung der Tragweite und Folgen, sondern aus einer Art emotionaler Verpflichtung heraus. Anfang der 70er Jahre war María del Pilar del Castillo als junge linke Aktivistin lautstark für eine angemessene Vertragsregelung eingetreten.

2. Die Forschung an den Hochschulen

Forschung und Fachbereiche

Das Reformgesetz (LRU) von 1983 erkannte die Freiheit der Lehre an und nannte zum ersten Mal die wissenschaftliche Forschung ausdrücklich als Recht und Pflicht der Hochschullehrer. Für viele Professoren hatte die Forschung jedoch keinen direkten Bezug zur Lehre, sondern wurde eher als Aufgabe des Obersten Wissenschaftsrats (*Consejo Superior de Investigaciones Científicas*, CSIC) betrachtet. Dieser hatte 1939 die bereits 1907 gegründete und im Bürgerkrieg aufgelöste *Junta para la Ampliación de Estudios e Investigaciones Científicas* abgelöst. Der CSIC blieb der Universität während des Franco-Regimes eng verbunden. Das änderte sich mit dem Übergang zur Demokratie. Bis heute distanzieren sich beide Institutionen voneinander, auch wenn sie in manchen Projekten zusammenarbeiten.

Die Bemühungen, die Forschung an den spanischen Universitäten unter Franco zu etablieren, waren durch den "Teufelskreis" des Fortschritts inspiriert: die Industrialisierung der 60er Jahre. Wissenschaft, Technik und praxisbezogenes Wissen beeinflussten im modernen Diskurs das Verhältnis von Bildung und Gesellschaft. Spanien erhielt – und erhält – im internationalen Vergleich in den meisten Bereichen

keine guten Noten, wobei das starre Bildungssystem für die vorgebliche Strangulierung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts verantwortlich gemacht wurde. Die Minister, allen voran Villar Palasí, wollten daraufhin die Grundschulbildung verstärken und die Berufsschulen verbessern – beides hatte keinen großen Erfolg.

Unter Franco wurden kaum Gelder für den Forschungssektor oder den Bildungsbereich bewilligt. 1965 investierte das Regime durchschnittlich 71 US-\$ pro Student; in Italien waren es 400, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1.000 US-\$. Diese skandalöse Disparität war noch deutlicher im Schulbereich. In den letzten fünf Jahren des Franco-Regimes verfasste daher die UNESCO zusammen mit der Weltbank – beraten durch den spanisch-amerikanischen Biochemiker und Nobelpreisträger Severo Ochoa und den Bildungsexperten Ricardo Diez-Hochleitner – für Spanien ein “Weißbuch” und bewilligte Kredite für die Umsetzung der anvisierten Bildungsreform. Das Hochschulstudium wurde in drei Studiengänge unterteilt: Diplom, *Licenciatura* und Promotion. Die Ausbildung der Lehrkräfte wurde verbessert und die Forschungstätigkeit zur Pflicht gemacht.

Durch die Fachbereiche, eine verwaltungstechnische Neuheit, erhielt die Universität mehr Unabhängigkeit, hing sie doch nun nicht mehr von den persönlichen Entscheidungen einzelner Professoren ab. Die Reformen im Schulsystem durch das Allgemeine Bildungsgesetz von 1970 waren dagegen unpopulär und weitgehend unwirksam. Die Berufsausbildung verbesserte sich kaum. Zwar wurden die strengen Zulassungsbedingungen für das Studium der Ingenieurwissenschaften und der Architektur erleichtert, um in diesen Fächern die Zahl der Studierenden zu erhöhen; die Maßnahmen stießen aber auf den Widerstand der Berufsgenossenschaften sowie der Technischen Hochschulen, die eine große Zahl von Studierenden im Abschlussexamen nicht bestehen ließen. Die Zahl der Studienanfänger verzehnfachte sich zwischen 1956 und 1972, aber die Abschlüsse vervierfachten sich nur. Dabei spielte sicher eine Rolle, dass viele der angehenden Techniker oder Ingenieure gegen den Franquismus und die akademische Hierarchie opponierten und man das gute Verhältnis zur Industrie, die im Endeffekt die Forschung finanzierte, nicht aufs Spiel setzen wollte. Noch schlechter war es um die einfache Lehre bestellt. Das in Spanien weit verbreitete geringe gesellschaftliche Ansehen handwerklicher Berufe entschuldigt nicht ihre völlige Vernachlässigung durch die Politik.

Trotz allem versuchte man Ende der 60er Jahre, die Forschung an den Universitäten auszubauen, und erlaubte Professoren, sich ihr ausschließlich zu widmen; doch 1968 machte nur ein Drittel der ordentlichen Professoren von dieser Möglichkeit Gebrauch. Eine begrenzte Finanzierung war seit 1958 mit projektbezogenen Subventionen und seit 1963 mit Sachhilfen für Professoren und den ihnen direkt unterstellten *agregados*, nicht aber für das übrige Lehrpersonal möglich. 1968

schließlich wurde eine spärliche Ausbildungsförderung für Forscher (*Plan de Formación de Personal Investigador*, FPI) bewilligt, dank derer es 1975 in Spanien 2.500 Forschungsstipendiaten gab. Die Forschung erfolgte im Rahmen der neugeschaffenen Fachbereiche: eine im Prinzip ideale Struktur, die das System von Lehrstühlen und Fakultäten demokratisierte – wäre ihre Durchsetzung nicht immer wieder von den Universitäten selbst gebremst worden. Der Gesetzgeber hatte ursprünglich ehrgeizige Forschungsprojekte, ähnlich denen US-amerikanischer Universitäten, im Sinn gehabt. Das Fehlen eigener Mittel und öffentlicher Gelder sowie das Zögern der Ministerien, dem gemeinschaftlichen Druck von Professoren nachzugeben, brachten diesen Plan zum Scheitern. Die Fachbereiche setzten sich nicht durch, der akademische Nachwuchs blieb weiterhin in der Abhängigkeit der Lehrstuhlinhaber. Erst in jüngster Zeit hat sich die Zusammensetzung und Gewichtung der Lehrkräfte durch viele neue Promotionen und anderweitige Qualifikationen verändert, ohne dass sich allerdings eine effiziente Zusammenarbeit in den verschiedenen Forschungsprojekten abzeichnet.

Eine effizientere Organisation der Fachbereiche und damit der Universitäten steht noch aus, die dringend notwendige “Modernisierung” des Lehrkörpers gleichermaßen; so bleiben die wenigen Erfolge, etwa in der Biomedizin, Ausnahmen und Produkte des Zufalls. Ein großer Teil der Dozenten in den Fachbereichen leistet gute Arbeit und erfüllt hohe Ansprüche. Für die heutigen Studierenden ist die praxisbezogene Forschung selbstverständlich. Es gibt aber noch immer eine Mannschaft älterer Lehrkräfte, die unflexibel geblieben sind. Die Fachbereiche sind laut Gesetz eigenständige Hochschulorgane mit klar umrissenen Kompetenzen. Dennoch treffen im universitären Alltag oftmals die Dekane – mit Billigung der Rektoren – Entscheidungen, die in der Kompetenz der Fachbereiche liegen.

Politische Förderung der Wissenschaft und ihre Ergebnisse

Zwar gab es schon längere Zeit die sogenannte “Förderkommission für die Wissenschaftliche und Technische Forschung” (*Comisión Asesora de Investigación Científica y Técnica*, CAICYT); wirksam wurde diese aber erst mit dem von den Sozialisten erlassenen “Wissenschaftsgesetz” (*Ley de la Ciencia*) vom 14. April 1986. Dieses Gesetz fasste bestehende Projekte und Sonderprogramme zu einem ehrgeizigen *Plan Nacional* zusammen, mit drei getrennt verwalteten Bereichen: “Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und natürlicher Ressourcen”, “Produktions- und Kommunikationstechnologie” sowie “Lebensqualität”. In den letztgenannten Bereich gehörten Biotechnologie, Pharmazeutische Forschung und Entwicklung, Immunologie, Toxikologie sowie vier Programme in den Gesellschaftswissenschaft-

ten zu Lateinamerika, Sport, historischem Erbe und gesellschaftlichem Wohlstand, mit denen der 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas und die Olympischen Spiele in Barcelona 1992 vorbereitet werden sollten. Verwaltet wurde dieser nicht immer transparente und oft unkoordinierte "Nationale Plan" von der "Nationalen Agentur für Evaluation und Langzeitstudien" (*Agencia Nacional de Evaluación y Prospectiva*, ANEP). Mit der Aufnahme Spaniens in die Europäische Gemeinschaft (später EU) eröffneten sich den spanischen Wissenschaftlern 1986 internationale Kontakte, sofern ihnen nicht ein Mangel an Ehrgeiz und das Fehlen von Erfahrungen auf dem wettbewerbsorientierten Markt im Wege standen. Als größtes Hindernis erweist sich aber bis heute in vielen Bereichen der starre Finanzierungsrahmen, mit Einstellungssperren und unangemessenem bürokratischen Aufwand. Er behindert auch Spaniens Beteiligung am europäischen I+D-Programm (*Investigación y Desarrollo*, Forschung und Entwicklung), das inzwischen um das "I" von Innovation erweitert wurde.

Seit 1979 gibt es das "Zentrum für Industrietechnologische Entwicklung" (*Centro de Desarrollo Tecnológico Industrial*); doch der sozialistische Ministerpräsident Felipe González erkannte, dass ein solches Zentrum nicht ausreichte, um den Anschluss an moderne Wissenschafts- und Technikstandards zu garantieren. Unabdingbar war die finanzielle Beteiligung privater Unternehmen, die sich allerdings bis heute mit Forschungsinvestitionen schwer tun. Anfang 1988 stellte González im Hotel Ritz in Madrid seinen ehrgeizigen "Nationalen Forschungsplan" vor. Besonders in den Bereichen Biotechnologie und Genforschung hat dieser gute Ergebnisse gezeitigt.

Erstmals wurden die Wissenschaftler und ihre Projekte Kontrollen und Evaluationen unterworfen. Die "Nationale Evaluierungskommission für wissenschaftliche Tätigkeit" (*Comisión Nacional Evaluadora de la Actividad Investigadora*, CNEAI) hatte Mühe, diese Kontrollmechanismen durchzusetzen, da die spanischen Wissenschaftler traditionell Forschungsfreiheit genossen; sie suchten sich die Finanzierung selbst, waren von Qualitätsprüfungen befreit und folgten nur der Stufenleiter des beruflichen Aufstiegs. War eine entsprechende Stufe erreicht, ließ die Forschungsbereitschaft häufig nach.

Das Grundgehalt der spanischen Universitätsdozenten gehört auch heute noch zu den niedrigsten in der EU. Um die Produktivität und Qualität zu steigern und den ehrgeizigen Forschungsplan der Sozialisten zu erfüllen, wurden über sechs bzw. fünf Jahre laufende Forschungsperioden (*sexenios* bzw. *quinquenios*) eingeführt, die von der Evaluierungskommission CNEAI überwacht und zusätzlich – die *quinquenios* allerdings geringer – honoriert wurden. Dasselbe galt nach einer Umstrukturierung auch für den Obersten Wissenschaftsrat CSIC. Das Kontrollorgan gehört zum

Ministerium für Erziehung und Wissenschaft, ist aber auch in den Autonomen Regionen vertreten.

Die Einführung von Evaluationen dynamisierte den Sektor und führte zu einer Zunahme von Forschungsprojekten. Besonders der Oberste Wissenschaftsrat, der Ende 2007 in eine staatliche Agentur umgewandelt wurde, konnte sich profilieren, nachdem die Universitäten in den 90er Jahren immer wieder versucht hatten, seine Kompetenzen zu beschneiden. Der *Consejo Superior de Investigaciones Científicas* ist eine effiziente demokratische Institution, die aber der Regierung eng verbunden ist und direkt ihrem Willen unterliegt. Unter dem Minister Javier Solana hatte der CSIC 1993 seine verwaltungstechnische Autonomie verloren und war als Generaldirektion dem Ministerium für Erziehung und Wissenschaft unterstellt worden.

Der europäische Anspruch

Der Vertrag von Maastricht legte 1992 für die Mitgliedsländer der EU die Grundlagen einer gemeinsamen Wissenschafts- und Technologiepolitik fest, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Spanien versuchte mit über vier Jahre laufenden Programmen (*Programas Marco*), in Technologie und Innovation Fortschritte und die Integration in den europäischen Markt zu erzielen. Erst das V. Programm (1998 bis 2005) führte zur Erfüllung der europäischen Vorgaben, wie sie die Verträge von Amsterdam und Lissabon festschreiben. Während die vorherigen Programme noch mit einem steigenden Budget rechnen konnten, musste dieses V. Programm ohne Aufstockung auskommen. Wissenschaft und Forschung mussten sich auch in Spanien den europäischen Maßstäben anpassen, so gut es eben ging; und man tat das mit zwar unterschiedlichem, aber durchaus beachtlichem Erfolg. Die Zusammenarbeit mehrerer Länder sowie die regionale Zusammenführung von fachlicher Spezialisierung und Exzellenzclustern gehören zu den EU-Normen. Das Interesse der spanischen Forscher an Finanzierungsanträgen war so groß, dass die Hälfte der besten Projekte abgelehnt werden musste, weil weder auf europäischer noch auf nationaler Ebene genügend Geld verfügbar war. Ein Teil dieser Projekte wird von den Autonomen Regionen aufgefangen; ihnen fehlen in der Regel allerdings die Mittel für eine angemessene Veröffentlichung der Resultate und eine kontrollierte, langfristige Finanzierung. Doch die Richtung stimmt. Zwischen Ende 1989, als die Evaluierungskommission CNEAI ihre Arbeit aufnahm, und 2005 wurden 83% der vom CSIC beantragten *sexenios* bewilligt. Den Erfolg teilten sich Frauen und Männer gleichermaßen, wobei in der Biomedizin die Frauen sogar vorn lagen. Die Universitäten waren etwas weniger erfolgreich als der CSIC; hier lag die Quote zwischen 60% und 80% (nur im Jahr 2000 betrug sie 83%). Die meisten

Bewilligungen erfolgten in den Naturwissenschaften, insbesondere der Biologie. In Bereichen wie Atomphysik, Immunologie und Astrophysik wurde kein einziges Projekt abgelehnt – im Unterschied zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Jura. Im Fachbereich Geschichte lag der Erfolg bei 78%. Rechtsphilosophie, Ethik und Politik wurden mit 100% unterstützt, während bei Sprachdidaktik und Literatur 40% der Projekte abgelehnt wurden.

Die Situation im Bereich Wissenschaft und Entwicklung hat sich dank dieser Praxis verbessert, ging es doch nicht so sehr um Exzellenz als vielmehr darum, praxisbezogene Forschung zu fördern und einheitliche Qualitätsstandards zu verankern. Rund die Hälfte der beamteten Universitätsdozenten (47%) hat die ihnen bewilligten *sexenios* in diesen 15 Jahren erfolgreich abgeschlossen. Doch die in der Verfassung von 1978 garantierten Autonomierechte überlassen die Kompetenzen für die Hochschulausbildung und damit für einen Großteil der Forschung den einzelnen Regionen, deren Universitäten unterschiedlich strukturiert sind. Das erklärt die erheblichen Diskrepanzen: An der *Universidad Carlos III* in Getafe (Madrid) liegt der Erfolg im Forschungsbereich bei 64%, an der *Universitat Jaume I* (Castellón) bei 62%, an der *Autònoma* in Barcelona bei 55%, an der *Autònoma* von Madrid bei 54%, und die *Universidad Complutense* in Madrid erreicht, trotz ihres guten Rufs, nur 42%.

3. Studienpläne und akademische Praxis

Eine unzulängliche Modernisierung

Die Reformierung der Studienpläne wurde Ende der 80er Jahre wieder aufgenommen und 1993 abgeschlossen. Ein Teil der 20 Jahre zuvor eingeführten Reformen hatte sich nie durchsetzen können: etwa die Strukturierung des Studiengangs der *licenciatura* in zwei Zyklen, die nun noch einmal in Angriff genommen wurde. Man zielte auf eine größere Spezialisierung ab, wie sie die neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes zu verlangen schienen. Aber die Schüler der Oberstufe sagten der Diversifizierung und – einmal mehr – der Aufnahmeprüfung zum Studium (*selectividad*) den Kampf an. Sie streikten fast während des ganzen Schuljahres 1986/87. Ihr Protest richtete sich gegen das zuständige Ministerium wie gegen das System, das sich mit einem unerwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit und ernsthafter Kritik am öffentlichen Bildungswesen auseinandersetzen musste. Zum ersten Mal in der Demokratie sah sich eine PSOE-Regierung derartigen Angriffen ausgesetzt. Dabei hatte sich erstmalig die allgemeine Schulpflicht durchgesetzt, und es gab einen kräftigen Zuwachs an Akademikern, die ein Abschlussexamen abgelegt hatten – ein beispielloser Erfolg im zeitgenössischen Spanien.

Über zehn Jahre später kam es erneut zu studentischen Protesten: Der von der Rektorenkonferenz erstellte Bericht *Universidad 2000*, nach seinem hauptverantwortlichen Verfasser auch *Informe Bricall* genannt, zog den Zorn der Studenten und eines Teils der Lehrenden auf sich, da sie hinter der Umstrukturierung der akademischen Titel eine Anpassung an das angelsächsische Modell, welches nach ihrem Dafürhalten die Freiheit der Universität der gesellschaftlichen Kontrolle opfert, vermuteten. Das Wort Gesellschaft bedeutete für sie "Firma" und Unterwerfung unter den "Markt". Der heftigen Diskussion um die Qualitätskontrollen durch die "Staatliche Evaluierungs- und Akkreditierungsagentur" (*Agencia Nacional de Evaluación de la Calidad y Acreditación*, ANECA) oder die Regionen folgte keine intensive Debatte über die öffentliche Finanzierung oder die Qualität und Exzellenz der Universitäten; aber sie wies die Richtung, und ein Großteil weigerte sich, die Notwendigkeit von Evaluierungen zu akzeptieren.

Währenddessen florierten ab Anfang der 90er Jahre im Rahmen der Liberalisierung des Hochschulsektors die privaten Universitäten, die beliebt sind, obwohl ihre Qualität, von Ausnahmen abgesehen, keinesfalls garantiert ist. Ihre Zahl ist von Region zu Region unterschiedlich. In Madrid gibt es dank der Vergünstigungen und Anreize der Regionalregierung, die ihre politische Ideologie verbreitet sehen will, mehr private als staatliche Universitäten. Die ersten *Master*-Studiengänge und Spezialisierungen der betriebswirtschaftlich orientierten privaten Hochschulen wurden sehr gut aufgenommen. Und die Nachfrage steigt, ohne dass die staatlichen Universitäten auf die Marketingstrategien, die einige dieser Zentren entfalten, reagiert hätten. Statt mit einem konzentrierten Angebot die Nachfrage auf sich zu ziehen und gegebenenfalls umzulenken, haben die staatlichen Universitäten sich vermehrt und ihr Angebot ausgebaut, bisweilen ohne über die erforderlichen Mittel zu verfügen. Ohne dass dies offen zugegeben wird, ist unter den Universitäten um die Studenten ein Wettbewerb entstanden, der wenig mit akademischer Exzellenz zu tun hat und manchmal zu einem Machtkampf der beiden großen Parteien entartet.

Die Stipendien zur Förderung junger Wissenschaftler und Universitätsdozenten orientieren sich inzwischen an den europäischen Standards und werden für insgesamt vier Jahre vergeben: die ersten beiden Jahre als reines Stipendium, die anderen beiden mit einem Arbeitsvertrag. Die neuesten Programme zielen darauf ab, die Zahl der Promovierten unter den Universitätsdozenten und Wissenschaftlern zu erhöhen und ihre Qualität zu fördern. Für 2008–2011 sind für Stipendien an den staatlichen Universitäten insgesamt 68 Millionen Euro vorgesehen.

Dennoch setzt sich der Lehrkörper an den Universitäten noch immer fast ausschließlich aus Dozenten zusammen, die lehren aber nicht forschen. Wenn Dozenten forschen wollen, müssen sie selbst sich so organisieren, dass sie Lehre und Forschung

miteinander vereinbaren können. Damit hängt ein weiteres Problem der Qualitätssicherung zusammen: Während im Forschungsbereich die Evaluationen und Qualitätskontrollen zunehmen, gilt das nicht für die Kontrolle der Lehrbefähigung von Dozenten, bei denen allein die Erfüllung des Lehrdeputats überprüft wird. Bei vielen Dozenten, darunter höchst angesehene Wissenschaftler, wird das Fehlen pädagogischer Sensibilität und Kenntnisse beklagt. Einige wenige Universitäten – etwa die Polytechnischen Hochschulen – haben unterdessen spezifische Qualitätsprüfungen eingeführt, die über jene hinausgehen, bei denen die Lehrbefähigung bereits dann als ausreichend bewertet wird, wenn gegen den Beamten keine Anzeige vorliegt. Alle fünf Jahre erhält der Dozent als Belohnung eine kleine Gehaltsaufbesserung. Die Region Valencia wendet dagegen multidimensionale Evaluationskriterien an, an denen sich die verschiedenen Gehaltsstufen orientieren.

Die Arbeitsverträge, die per Universitätsgesetz im Juni 2001 für maximal 49% des Lehrkörpers eingeführt wurden, ändern nichts daran, dass über die Auswahl der Dozenten größtenteils die Universitäten entscheiden, oft durch Zulassungsprüfungen (*concursos de acceso*), die nicht unbedingt dem Zweck angemessen sind. Die neue Regelung (*Ley de Ordenación Universitaria* von 2007) bevorzugt die Verbeamtung mittels *acreditación*. Doch Vertragssituation und Gehälter weisen weiterhin sehr große Differenzen auf, mit Gehaltsaufbesserungen nach reinem Ermessen, Bevorzugung der beamteten Dozenten und einer großen Unsicherheit für das als geringer qualifiziert angesehene Lehrpersonal. Das Gesetz ändert nichts an diesen diskriminierenden Vertragsformen.

Mit Blick auf die Ungleichheit von Kriterien und Systemen sowie das Fehlen einer Politik, die den Wertefluss zwischen Gesellschaft und Universität und *vice versa* fördert, bewirkt die *Ley de Ordenación Universitaria* keine Verbesserung. Es wird sich zeigen, ob die vielfältige Bürokratisierung durch zentrale und regionale Kompetenzen die bisher erreichten Verbesserungen möglicherweise sogar torpediert. In Spanien glauben nur wenige Personen, dass der "Gemeinsame Europäische Hochschulraum", wie ihn der Bologna-Prozess anstrebt, ein effizientes und für Studenten von außerhalb der EU attraktives System darstellt und verhindern kann, dass sich die EU-Länder oder sogar die verschiedenen Universitäten eines Landes untereinander Konkurrenz machen. Die besondere Aufmerksamkeit einiger spanischer Universitäten richtet sich auf China oder Indien und folgt dabei deutschen und französischen Initiativen. Die ersten nach der letzten Umstrukturierung der Studienpläne entwickelten *Master*-Studiengänge werden im Oktober 2008 anlaufen, und die entsprechenden akademischen Titel werden frühestens 2012 vergeben werden. Der Enthusiasmus für die im Oktober 2007 verabschiedete Reform ist denkbar gering.

Finanzierung und akademischer Nachwuchs

Die Angaben über die Finanzierung der spanischen Universitäten waren bis Anfang der 90er Jahre, mit Ausnahme der Jahresstatistiken, spärlich. Seit 2004 werden Angaben über die Zahl der Studierenden, Dozenten und Abschlüsse veröffentlicht, um der jahrzehntelang geübten Praxis, die Offenlegung der Konten zu verweigern, abzuweichen. Man erfuhr das Budget der Universitäten, aber nicht, wie es ausgegeben wurde. Heute wird das Finanzvolumen, das die Autonomen Regionen bewilligen, von Stiftungen, Vereinen und Unternehmen aufgestockt, was eine größere Transparenz der Mittel und der Verwaltung erforderlich macht. Da die Universitäten aber keine Jahresabrechnung vorlegen, ist es selbst für die betroffenen Regionalpolitiker schwierig zu erfahren, wie hoch die der jeweiligen Bildungseinrichtung zur Verfügung stehenden Mittel wirklich sind. Wie das Finanzgebaren aussehen kann, mag folgende Zahl illustrieren: Zwischen 1994 und 2004 flossen allein 67% vom Haushaltszuwachs in Personalkosten. Über das unverhältnismäßig hohe Budget für Personalkosten sollte das Verhältnis von Studierenden zu Dozenten, das Anfang der 90er Jahre noch doppelt so hoch war wie der europäische Durchschnittswert, verbessert und besonders eine Personalaufstockung in der Forschung erreicht werden. In der Praxis gibt es an den spanischen Universitäten – mit Ausnahme des Programms “Ramón y Cajal” – kein Personal, das sich ausschließlich der Forschung widmet. Trotz der hohen Personalkosten ist keine Gleichstellung bzw. Anpassung der Gehälter von beamteten Professoren und Lehrstuhlinhabern einerseits und den mit Arbeitsverträgen kaum abgesicherten promovierten Dozenten andererseits erfolgt, obwohl deren Kompetenzen und Aufgaben dieselben sind. In diesem Punkt haben alle Gewerkschaften versagt.

Bis Mitte der 90er Jahre hatte sich die Situation an den Hochschulen leicht verbessert. Die gegenwärtig amtierende sozialistische Regierung hat allerdings einige Mühe, den unter der konservativen Regierung Aznar (1996–2004) erfolgten Rückschritt wieder auszugleichen. Nach Angaben der OECD von 2005 schnitt Spanien beim Verhältnis Student : Dozent zwar überdurchschnittlich gut ab, blieb aber bei den Ausgaben pro Student weit unter dem Durchschnittswert. Den staatlichen Universitäten in Spanien stehen grundsätzlich sehr viel weniger Mittel zur Verfügung als vielen anderen in Europa. Experten raten zu einem Einstellungsstopp beim Lehrpersonal, was angesichts des hohen Durchschnittsalters allerdings gefährlich ist. Sollten die Autonomen Regionen das Budget für die staatlichen Universitäten erhöhen, was in einer strategisch so wichtigen Region wie Madrid kaum denkbar ist, müsste das Geld in die Forschung und in die Qualifizierung der Dozenten fließen. Die Auswahl des Lehrpersonals muss desweiteren offen und transparent von den entsprechenden Fachbereichen vorgenommen werden.

4. Hochschulpolitik und Perspektiven

Der autonome Rahmen

Heftige Kritik bewirkte die teure und bürokratische Eignungsprüfung für den akademischen Nachwuchs (*habilitación*), wie sie die *Ley de Ordenación Universitaria* 2001 festlegte. Bei vier Terminen pro Jahr und pro Fachrichtung und Kommissionen, die aus sieben Mitgliedern zu bilden sind, würde bei der ständig zunehmenden Zahl an Hochschulen in den verschiedenen Regionen des Landes der reguläre Betrieb erheblich beeinträchtigt werden.

Im Studienjahr 2002/2003 gab es in Spanien 68 Hochschulen, 50 staatliche und 18 private; bis 2006/2007 kamen fünf private Universitäten hinzu. Die jeweils vertretenen Hochschulmodelle unterscheiden sich erheblich voneinander; und sie machen sich eher Konkurrenz, als dass sie sich mit einem konzertierten Angebot sinnvoll ergänzen. Ein Konkurrenzverhältnis charakterisiert auch die staatlichen Universitäten innerhalb einer Region; so bieten beispielsweise die *Universidad Complutense* und die *Universidad Rey Juan Carlos* in Madrid dieselben Titel und Studiengänge an. Letztere wurde im bevölkerungsreichen Süden Madrids gegründet, um die dort ansässigen Studierenden zu erreichen.

Ohne die Fernuniversität (*Universidad Nacional de Educación a Distancia*, UNED) – sie würde die Statistik verzerren – boten im Studienjahr 2006/2007 die staatlichen Universitäten 2.701 Studiengänge an. Knapp 41% betrafen die Sozial- und Rechtswissenschaften, etwas über 29% technische Fächer; auf die Geisteswissenschaften fielen 13%, auf die Lebens- und Naturwissenschaften 8 bzw. 9%. In Fächern wie Medizin, Pharmazie, Odontologie und Veterinärmedizin wurde die Zahl der Studienplätze 2006/2007 um 8,8% aufgestockt, weil die Nachfrage das Angebot um 25% überstieg und für bestimmte Spezialisierungen (Familienmedizin, Anästhesie, Pädiatrie und Radiologie) ein Mangel an Fachärzten droht.

Die von der konservativen Volkspartei regierte *Comunidad de Madrid* genehmigte an den neuen staatlichen Universitäten das Medizinstudium nicht, obwohl beispielsweise die *Universidad Rey Juan Carlos* in Alcorcón und Leganés bestens dafür gerüstet war; dagegen autorisierte sie das Fach Medizin an der CEU (*Centro de Estudios Universitarios*), nachdem diese privatisiert worden war. Das spanische Ministerium für Erziehung und Wissenschaft schlug der *Conferencia General de Política Universitaria* im Dezember 2007 vor, die Zahl der Neuzulassungen von Medizinstudenten auf 2.000 anzuheben, um in fünf Jahren auf 7.000 zu kommen, 40% mehr als aktuell.

Die Umsetzung der Hochschulreform wurde immer wieder gebremst. Obwohl ganz offensichtlich viele Fächer überflüssig sind, weil sie wenig Interessenten und

diese kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, verhinderten massive Proteste in der Öffentlichkeit und der Aufschrei der Medien 2003/2004 eine Umstrukturierung. Die Proteste kosteten die sozialistische Ministerin María Jesús San Segundo ihr Amt. Bevor sie zurücktrat, zog sie unter starkem Druck der katholischen Kirche auch das geplante neue Schulfach "Staatsbürgerkunde" zurück, das dann 2007 eingeführt wurde.

Die kompletten Studiengänge der Geisteswissenschaften werden heute nur noch von Hochschulen angeboten, die wie die *Complutense* und die Universitäten von Barcelona, Granada und Salamanca auf eine lange Tradition zurückblicken können. Während das Lesen in Spanien gefördert wird, nachdem die PISA-Studie die spanischen Schüler auf die letzten Plätze verwiesen hatte, und sich allgemein eine Steigerung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung abzeichnet, nimmt die Nachfrage nach Studiengängen der Bibliotheks- und Dokumentationswissenschaften radikal ab. Auch für Fächer wie Arbeitssoziologie oder Öffentliche Verwaltung stehen 50% mehr Plätze zur Verfügung als nachgefragt wird. Betriebswirtschaft ist trotz der starken Konkurrenz der privaten Universitäten gefragt wie eh und je. In so wichtigen Fächern wie Wirtschaft und Pädagogik herrscht dagegen ein großes Ungleichgewicht. Die seit dem Jahr 2000 rückläufige Zahl der Studienanfänger wurde nicht zu einer dringend notwendigen Rationalisierung der Studiengänge genutzt.

Aufgehalten wurde der Rückgang erst 2006/2007, als sich knapp 212.000 neue Studenten an den staatlichen Universitäten (ohne UNED) einschrieben, wobei eine stärkere Mobilität innerhalb Spaniens deutlich wurde. Im Jahr 2000 studierten noch 90% in ihrer Heimatregion; 2005 waren es 78,6%, womit spanische Studenten aber immer noch eine geringere Flexibilität zeigen als ihre Kommilitonen in den anderen EU-Ländern – dies möglicherweise aufgrund einer verfehlten Politik bei der Stipendienvergabe. Etwas aufgefangen wird der Rückgang junger Studenten durch gut besuchte Studiengänge für Erwachsene und Personen im Rentenalter. Für 2010 ist das Ende des Rückgangs angekündigt; dann sollte, nach dem Willen des Erziehungsministeriums, auch die Harmonisierung mit europäischen Standards abgeschlossen sein.

Die privaten Universitäten boten – ohne die virtuelle *Universitat Oberta de Catalunya* (UOC) – insgesamt 469 Studiengänge an, ohne dass sie sich große Sorgen über ihre Zukunft im europäischen Vergleich machen müssten. Die Sozialwissenschaften, Lebenswissenschaften und technischen Fächer sind die bevorzugten Fachbereiche; die Naturwissenschaften werden dagegen kaum angeboten. 8,4% der Studienanfänger wählten 2006/2007 eine private Universität; diese Präferenz gilt insbesondere für Madrid, wo es bereits sieben private Hochschulen gab und zwei neue gerade eröffnet werden, gefolgt von Katalonien und Kastilien-León mit je vier privaten Hochschulen.

Die Universität als öffentliche Dienstleistung und die privaten Hochschulen

Die Zulassung privater Zentren durch den Staat ist in Spanien nicht neu. Die ältesten sind der katholischen Kirche verbunden und wurden vor 1962 gegründet: die *Universidad de Deusto* (Bilbao), die *Universidad Pontificia Comillas* (Madrid), die *Universidad Pontificia de Salamanca* sowie die *Universidad de Navarra*, die 1962 vom *Opus Dei* – gegen den erbitterten Widerstand von Francos Einheitspartei *Falange* – gegründet wurde. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben die vier Universitäten stark an Nachfrage eingebüßt, da ihnen durch die Zunahme staatlicher, von den Autonomen Regionen gegründeter wie auch neuer privater Hochschulen Konkurrenz entstanden ist. Eine ganze Reihe privater Neugründungen erfolgte nach 1991, als die Studierenden sich etwas mobiler zeigten. So entstanden die von der Ordensgemeinschaft der Piaristen gegründete *Universidad San Estanislao Koska* (SEK), die *Universidad Antonio de Nebrija* und die *Universidad Alfonso X El Sabio*, die alle drei als Aktiengesellschaften funktionieren. Die SEK empfängt zusammen mit der *Universidad de Navarra* die meisten der nationalen und internationalen Studenten, die in Spanien an privaten Hochschulen studieren. Die *Universidad Europea de Madrid* ist eine GmbH, und die *Universidad de Mondragón*, die seit 1997 Studiengänge in Ingenieurwissenschaften, Betriebswirtschaft und Erziehungswissenschaft anbietet, ist eine Kooperative. Auf Sozialwissenschaften und Jura ist die *Universidad Francisco de Vitoria* in Madrid spezialisiert. Die anderen zwölf neuen Zentren gehören zu Stiftungen oder Verbänden, hinter denen wiederum direkt oder indirekt die Kirche oder politische Parteien stehen.

Das Durchschnittsalter der Lehrenden ist bei den privaten Hochschulen niedriger als bei den staatlichen, auch wenn die Rektoren sich gern mit einigen wenigen emeritierten Professoren von staatlichen Universitäten brüsten. Die übrigen Dozenten sind zwischen 25 und 40 Jahre alt, mit Teilzeitverträgen, viele sind Frauen. Nur wenige sind promoviert, auch wenn die Ministerin Mercedes Cabrera 2007 mit der letzten Reform der *Ley de Ordenación Universitaria* eine höhere Zahl von promovierten Dozenten erreichen möchte. Die Mehrzahl arbeitet an den privaten Hochschulen ohne irgendeine Art von *acreditación*. Vielleicht ist das der Grund, warum sie nicht im Staatsdienst tätig sind, obwohl die meisten dies gern anstreben würden.

Die Noten für die Aufnahme zum Studium sind gemeinhin niedriger als an den staatlichen Universitäten, in manchen Fächern wird den Studierenden sogar die Aufnahmeprüfung erlassen. Die Zahl der Studenten pro Dozent ist etwas höher als an den staatlichen Universitäten. Dafür gibt es mehr Stipendien – 1,9% der Studierenden an privaten Hochschulen erhalten ein Stipendium gegenüber 1,6% an den staatlichen Hochschulen –, und die Studierenden sind, den veröffentlichten Umfragen zufolge, zufriedener mit ihrem Studium.

Die Region mit den meisten Studienplätzen ist Andalusien, gefolgt von Madrid und Katalonien. Andalusien hat einen bis 2012 reichenden Finanzierungsplan aufgestellt und plant, den erwarteten Rückgang an Studenten für eine Verbesserung in Planung und Verwaltung zu nutzen. Während die staatlichen andalusischen Universitäten hinsichtlich ihrer Attraktivität im Jahr 2004 noch das Schlusslicht bildeten, stehen sie heute in Fragen der Innovation und des Technologietransfers an erster Stelle. Moderne Forschung und Lehrtätigkeit in den Bereichen Biotechnologie, Nanotechnologie, Genetik und Umwelt werden speziell gefördert.

Die akademische und die politische Autonomie

Die staatliche Universität verwaltet sich in Spanien nicht selbst. Es herrscht wohl eine relative Freiheit in der Gestaltung; aber gewisse Vorgaben der Zentralregierung müssen erfüllt werden: etwa bei den Lehrplänen, dem Lehrdeputat, der Auswahl von Dozenten. Die Universität entscheidet auch nicht frei über die Studiengebühren. Selbst jetzt, wo gerade die Reform für Postgraduierte und Graduierte (in dieser unlogischen Reihenfolge) verabschiedet wurde, zeigt sich, dass "Selbstverwaltung" nur ein – in der Verfassung und durch den "Staat der Autonomen Gemeinschaften" garantiertes – politisches Recht ist und noch keineswegs akademische Unabhängigkeit bedeutet.

Seit dem 19. Jahrhundert bemüht sich der spanische Staat bei den Hochschulen um eine Vereinheitlichung und materielle Gleichstellung in diversen Bereichen, was sich momentan an einem Minimum einheitlicher Studienfächer und vor allem an der zentralen Festlegung der Studiengebühren ablesen lässt. Nachdem das Universitätsreformgesetz in Kraft getreten war, gingen 1985 Kompetenzen vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft an die Autonomen Regionen über. Dies begann mit Katalonien und endete mit den Balearen zehn Jahre später. Noch problematischer als diese doppelte politische Zuständigkeit ist das Beziehungsnetz von Hochschule, Fakultät und Fachbereich – eine Struktur, die aus Bequemlichkeit beibehalten wurde und im Bereich der wissenschaftlichen Arbeit konkrete Entscheidungen, die nach dem Gesetz von den Fachbereichen getroffen werden sollen, torpediert.

40 Jahre nach den ersten, während des Franco-Regimes auf den Weg gebrachten fortschrittlichen Reformansätzen wird die spanische Universität noch immer von Dekanen geleitet, die sich Befugnisse aneignen, welche ihnen eigentlich schon lange nicht mehr zustehen – Befugnisse, die zudem durch den ambivalenten Handlungsrahmen des Bologna-Prozesses teilweise noch erweitert werden. Mit ihrer schwerfälligen Bürokratie verhindern die Dekanate eine schnelle Entscheidungsfindung, die angesichts der Konkurrenz der neuen privaten Hochschulen dringend

geboten ist. Die ständig wachsenden technischen Anforderungen, bei denen die Lehrkräfte nicht von zusätzlichem, speziell ausgebildetem Personal unterstützt werden, rauben ihnen den letzten Rest an Enthusiasmus und fördern den Wunsch nach vorzeitiger Pensionierung.

Die beamteten Professoren stellen neben denen, die über einen Arbeitsvertrag verfügen, wie er seit 2001 im Gesetz vorgesehen ist, noch immer die Mehrheit des Lehrkörpers. Die Verteilung der ordentlichen Professuren bzw. Lehrstühle ist – als Ergebnis eines über drei Jahrzehnte üblichen undurchsichtigen Berufungs- und Beförderungsverfahrens – durchaus ungleichgewichtig. Universitäten ohne historische Tradition, aber mit einer mehr oder weniger rationalen Hochschulpolitik und attraktiven Angeboten, wie etwa die *Universidad Carlos III* in Madrid und die *Universitat Pompeu Fabra* in Barcelona, verfügten 2005 über einen Anteil an ordentlichen Professuren von rund 30% bzw. 27%. In der ganz neuen und sehr kleinen *Universidad Pablo de Olavide* in Sevilla waren sogar 32% der insgesamt 95 Lehrkräfte Lehrstuhlinhaber. Aber das sind Ausnahmen. Im Durchschnitt machen die ordentlichen Professoren nur 20% der Lehrkräfte aus; die alte und achtbare *Universidad de Zaragoza* hat sogar nur 12%, und am schlechtesten schneidet mit 6% die *Universidad de Burgos* ab. Dafür lehren dort zu 54% *profesores titulares*, viele von ihnen ohne Promotion. Die jüngste Initiative der sozialistischen Regierung zielt auf eine Gleichstellung des universitären Lehrpersonals ab – ein Ziel, das seit Ende 2007 die staatliche Evaluierungs- und Akkreditierungsagentur ANECA über die Erarbeitung eines komplexen Evaluationsystems verfolgt, das aber billiger und weniger traumatisierend ist als die zuvor vom *Partido Popular* erdachte *habilitación*. Dadurch soll die Situation der beamteten Dozenten auf den unteren Ebenen verbessert und ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, sich an ihren Universitäten auf frei werdende Stellen zu bewerben.

In manchen universitären Kreisen wird die soziale Kontrolle und Einmischung von Seiten der Finanz- und Wirtschaftswelt durch den *Consejo Social* kritisiert. Dieser "Sozialrat" setzt sich aus Vertretern von Unternehmen, Lokalpolitikern und Gewerkschaftern sowie einer kleinen Gruppe von Universitätsangehörigen und dem Rektor zusammen. Er soll den Dialog fördern und Geldmittel für die Universität beschaffen, tut dies aber nicht immer. Er folgt den Vorgaben des "Verwaltungsrats" (*Consejo de Gobierno*), dem höchsten Verwaltungsorgan der Universität, das nach und nach das frühere *Claustro* entmündigte – jene historische Institution, die in den 70er Jahren die Demokratisierung der spanischen Universität beispielhaft vorange-trieben hatte.

Ein ständiger Reformeifer

Eine Besonderheit der akademischen Kultur in Spanien ist das Beharren, auf Seiten eines Großteils der Universitätsdozenten, auf Studiengängen mit langer Studiendauer, was mit dem vorgeblichen Zusammenhang von Qualität und Dauer bzw. Vielzahl von Unterrichtseinheiten begründet wird. Zwischen 2004 und 2006 wurde der Vorschlag, 3-jährige Studiengänge einzuführen, zurückgewiesen, und nach einer oberflächlichen Debatte legte sich das Ministerium für Erziehung und Wissenschaft für diese neuen Studiengänge auf eine Dauer von vier Jahren fest. Ähnliches war zuvor mit den vier Jahre dauernden *licenciaturas* geschehen: Bei der ersten Gelegenheit erhöhten die wenigen Universitäten, die derartige Abschlüsse nach vier Jahren überhaupt angeboten hatten, die Studiendauer wieder auf fünf Jahre. Damit dauert das Studium in Spanien länger als in vielen anderen Ländern der EU, was zu Lasten der kürzeren, aber weniger ausgereiften *Master-* und Postgraduierten-Studiengänge geht.

Im Unterschied zu den 70er und 80er Jahren macht man sich heute weniger Gedanken über die Spezialisierung und die wissenschaftliche Forschung: Promotion und *Master*-Abschluss weisen kaum noch große Unterschiede auf. Wenn man sich die hohe Rate lehrunfähiger Dozenten ansieht – 46% der Studierenden in technischen Studiengängen, über 41% in den Rechts-, Sozial- und Naturwissenschaften, 37% in den Geisteswissenschaften und 25% in den Lebenswissenschaften bestehen ihr Examen nicht – wirkt das spanische Modell nicht sehr überzeugend. Dennoch schätzt die Weltbank die Effizienz des spanischen Hochschulsystems hoch ein. Mit Kosten pro Student, die um 20% unter denen der europäischen Nachbarn und um 26,9% unter denen aller OECD-Mitglieder liegen, ist es gelungen, qualifizierte Akademiker auszubilden, die sich durchaus an anderen europäischen Universitäten behaupten können.

Eine weitere Besonderheit der spanischen Universität ist der Mangel an qualifizierten Fachkräften und Technikern, an Bibliothekaren, Labortechnikern oder Dokumentalisten. Auch wenn das Verhältnis zwischen dem Verwaltungspersonal (*Personal de Administración y Servicios*, PAS) und den Dozenten und Wissenschaftlern (*Personal Docente e Investigador*, PDI) in jüngster Zeit etwas verbessert wurde, liegt es weit unter dem EU-Durchschnitt. Das Defizit muss ausgeglichen werden, denn es geht zu Lasten der Lehrenden, die auf technische Unterstützung angewiesen sind. Dieser Mangel ist ein Relikt aus alten Zeiten, als die Forschung nicht als Mittelpunkt des akademischen Lebens galt. Eine weitere Gefahr besteht in der zunehmenden Belastung der Lehrkräfte mit verwaltungstechnischen Aufgaben. Neben der Lehr- und Forschungstätigkeit sollen sie sich in einer Art "virtuellem Campus" am besten gleich noch selbst verwalten.

Bedenklich ist auch das geringe Budget für die Instandhaltung der historischen und der modernen Universitäten, der Gebäude wie der Infrastruktur. Im Jahr 2004 beispielsweise standen nur 108 Millionen Euro für den Unterhalt und die Restaurierung aller staatlichen Hochschulen zur Verfügung. Dafür steigen die Ausgaben für die EDV-Ausstattung und Bibliotheksplätze. Eine Zunahme ist bei den Praktika während der letzten Studienjahre zu verzeichnen, dies besonders bei den privaten Hochschulen. 2004 absolvierten nur 7% der Studierenden an staatlichen Universitäten Praktika in Unternehmen gegenüber 18% an privaten Universitäten. An der *Universidad Internacional SEK* in Segovia liegt der Prozentsatz sogar bei 44%, an der *Universidad Pontificia Comillas* in Madrid bei 43%, an der *Universidad de Navarra* bei 32% und der *Universitat de Vic* bei 29%.

Ein ganz neues Phänomen ist die strategische Zusammenarbeit von Institutionen, ohne dass es sich wirklich um ein gemischtes Modell handelt. So hat beispielsweise das *Instituto de Empresa* (IE) mit der *Universidad Internacional SEK* die dynamischste aller privaten Universitäten gekauft, um auf internationaler Ebene einen *Master of Business Administration* (MBA) anzubieten. Das Madrider IE gehört – neben der *ESADE Business School*, die der *Universitat Ramon Llull* in Barcelona angeschlossen ist, und der *IESE Business School* der *Universidad de Navarra* mit einem Campus in Barcelona und Madrid (und mit zahlreichen internationalen Verbindungen) – zu den drei spanischen Wirtschaftshochschulen, die weltweit erfolgreich sind. Die *Financial Times* setzte den “Executive MBA” des IE auf der *Ranking-Liste* vergleichbarer Studien im europäischen Vergleich auf Platz 3 und weltweit auf Platz 5. Besonders geschätzt ist das *postgraduate*-Angebot, dies nicht nur für Graduierte in Madrid, wo sich der Hauptsitz befindet, sondern auch in Shanghai, Mexiko, London, Chile, Ecuador, Südafrika und Ungarn.

ERASMUS, das europäische Austauschprogramm für Studierende, begann 1987 mit 500 Studenten und wird weiterhin erfolgreich genutzt: 2004 kamen 24.511 Studenten nach Spanien, und 20.819 Spanier studierten an Universitäten im europäischen Ausland. Gering ist dagegen der Anteil von längerfristig in Spanien studierenden Ausländern: 1% oder 2.000 Studenten im Studienjahr 2004/2005. Die im Herbst 2007 mit der Bologna-Erklärung verabschiedeten Neuregelungen für Graduierten- und Postgraduierten-Studien mit den neuen offiziellen *Master*-Studiengängen sollen gerade diese Gruppe von Studenten aus Ländern inner- und außerhalb der EU ansprechen. In den letzten Jahren gab es bereits mehr Abschlüsse beim auf eine Spezialisierung abzielenden *Master* als Promotionen. Der *Informe Bricall* hatte allerdings schon im Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass die im Prinzip unbegrenzte Dauer von Promotionen sich demotivierend auf den Forschungs- und Betreuungseifer der Studenten und der Dozenten auswirken kann.

Die Investitionen des spanischen Staates in Forschung und Entwicklung sind inzwischen alles andere als unbedeutend. Um aufzuholen, hat Spanien einige Jahre lang sogar mehr als der europäische Durchschnitt investiert; erst die Zuweisungen für den Haushalt 2007/2008 sind wieder rückläufig. Da das staatliche Modell für Forschung und Entwicklung (I+D) in Spanien sich dennoch als überholt erweist, soll eine Agentur für Forschungsfinanzierung geschaffen werden, die sich im europäischen Maßstab um *fundraising* bemüht. Noch immer ist die Beteiligung spanischer Unternehmen im technologischen Forschungsbereich zu gering. Die weltweite Situation zeigt aber, dass es möglich ist, eine beachtliche Grundlagenforschung auf vielen Gebieten zu betreiben, wie das in den letzten 20 Jahren in Spanien geschehen ist, ohne dass sie sich im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung fortsetzen konnte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang ein ideologischer Faktor: die in den letzten zehn Jahren deutlich geäußerte Kritik der katholischen Kirche an einigen Reformen im Bildungsbereich – trotz der überaus großen Toleranz der Regierung Zapatero, die Konzessionen machte, ohne dass sich der Zorn der Kirchenoberen gelegt hätte. Denn, so die Meinung einiger Bischöfe und ihres Radiosenders COPE, ein neues Pflichtfach in der schulischen Oberstufe wie “Staatsbürgerkunde” würde zu einem allgemeinen Verfall der Sitten führen. Die vom Staat subventionierten konfessionellen Privatschulen akzeptierten schließlich die Einführung dieses vom Parlament per Gesetz beschlossenen Faches unter der Voraussetzung, dass die vermittelten Inhalte mit dem katholischen Gedankengut vereinbar sind. In dieser von den Medien mit teils “nationalkatholischen” Argumenten längst vergangener Zeiten angeheizten Debatte blieben die wichtigsten Argumente bei der Debatte auch um die Hochschulen ausgespart oder wurden banalisiert. Eine Folge ist, dass die Mehrheit der Spanier über die Universitäten, ihr Funktionieren und ihre Probleme, nichts weiß. Das spanische Bildungswesen versinkt im offenen Graben zwischen Laizismus und Konfessionalismus: ein Abgrund, der Tradition hat und strukturell bedingt ist und den im Augenblick niemand zu überbrücken in der Lage ist.

Mitte April 2008, zu Beginn der zweiten Amtszeit von Ministerpräsident Rodríguez Zapatero, änderte sich mit der Umstrukturierung der Ministerien der Stellenwert von Forschung und Wissenschaft in Spanien. Das Erziehungsministerium, das weiterhin von Mercedes Cabrera geleitet wird, übernahm (dem britischen Modell folgend) das Ressort Soziale Angelegenheiten und verlor dafür die Zuständigkeit für die Hochschulen. Für diese ist ab sofort das neu eingerichtete Ministerium für Wissenschaft und Innovation zuständig. Das neue Ministerium ist eng mit dem Industrieministerium verbunden, wie es unter dem *Partido Popular* schon einmal der Fall war, mit drei Ministern zwischen 2000 und 2004 (Anna Birulés, Josep Piqué und

Juan Costa). Die Herausforderung liegt darin, die allgemein anerkannten Verbesserungen im Forschungsbereich sichtbar zu machen. Die Verantwortliche des neuen sozialistischen Ministeriums, Cristina Garmendia, erzielte Erfolge beim Transfer biomedizinischer Technologie durch Forschergruppen des CSIC (Molekularbiologie und Zelltherapie), die sie mit Hilfe kleiner Unternehmen finanzierte. Einer ihrer direkten Mitarbeiter ist der frühere Direktor des CSIC, Carlos Martínez; er wurde zum neuen Staatssekretär für Forschung ernannt.

Fast zwei Monate danach – die neuen Studienpläne sind eingeführt, kommen aber zu spät, um die bis 2010 anvisierten Ziele zu erreichen – herrscht ein Klima der Verunsicherung, denn noch immer ist nicht bekannt, wie die Forschung und die akademische Ausbildung künftig strukturiert sein werden (mehr als 60% der Forschungstätigkeit wird an den Universitäten geleistet) und welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bindende Erklärungen liegen nicht vor, und im Parlament wurde bislang eine Stellungnahme vermieden.

Aus dem Spanischen von Clementine Kügler

Literaturverzeichnis

- Arias Rodríguez, Antonio (2004): *El régimen económico y financiero de la Universidad*. Madrid.
- Colectivo Maldejojo (Hg.) (2001): *Estudiantes, antiestudiantes, policía, prensa, poder: movimiento estudiantil de 1986-87 en España y Francia*. Madrid.
- Consejo de Coordinación Universitaria. Comisión de Financiación (2007): "Financiación del Sistema Universitario Español" (20.4.). In: <[http://www.crue.org/pdf/Informa%20Financiacion%20\(24-4-07\).pdf](http://www.crue.org/pdf/Informa%20Financiacion%20(24-4-07).pdf)> (2.5.2008).
- Consejo Superior de Investigaciones Científicas (2007): *Tiempos de ciencia y de política. Homenaje a Emilio Muñoz*. Madrid.
- Fernández Buey, Francisco (1991): "Estudiantes y profesores universitarios contra Franco. De los sindicatos democráticos estudiantiles al movimiento de profesores no numerarios (1966-1975)". In: Carreras, Juan José / Miguel Ángel Ruiz (Hgg.): *La Universidad española bajo el régimen de Franco (1939-1975)*. Zaragoza, S. 469-496.
- Fundación BBVA [Banco Bilbao Vizcaya Argentaria] (2006): "Estudio sobre los universitarios españoles". In: <http://www.fbbva.es/TLFU/dat/universitarios_2007.pdf> (2.5.2008).
- Fundación Española para la Ciencia y la Tecnología (2006a): *Libro Blanco de la interrelación entre Arte, Ciencia y Tecnología en el Estado español*. Madrid.
- (2006b): *Libro Blanco de la investigación en Humanidades*. Madrid.
- Hernández Sandoica, Elena / Ruiz Carnicer, Miguel Ángel / Baldó Lacomba, Marc (2007): *Estudiantes contra Franco. Oposición política y movilización juvenil*. Madrid.
- Mora Cañada, Adela / Rodríguez López, Carolina (Hgg.) (2004): *Hacia un modelo universitario. La Universidad Carlos III de Madrid*. Madrid.

- Porta, Jaume / Lladonosa, Manuel (Hgg.) (1998): *La Universidad en el cambio de siglo*. Madrid.
- Pujol Gebellí, Xavier (Hg.) (2001/2002): *Un análisis de la política científica en España* (= *Quark*, 22/23).
- San Segundo, María Jesús (Hg.) (2003): *La financiación de las universidades: un análisis por Comunidades Autónomas*. Madrid.
- Sebastián, Jesús / Muñoz, Emilio (Hgg.) (2006): *Radiografía de la investigación pública en España*. Madrid.
- Vilalta, Josep María (Hg.) (2006): *La rendición de cuentas de las universidades a la sociedad*. Madrid.